



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 7 – März 2007

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

in der Geschichte „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupérie sagt der Fuchs zum kleinen Prinzen: „Hier ist mein Geheimnis. Es ist ganz einfach: man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ und weiter „Die Menschen haben diese Wahrheit vergessen. Aber du darfst sie nicht vergessen. Du bist zeitlebens für das verantwortlich, was du dir vertraut gemacht hast. Du bist für deine Rose verantwortlich ...“

Sie haben diese Geschichte sicherlich schon oft gelesen und sich an den hübschen Zeichnungen und den freundlichen Lebensweisheiten gefreut. Ich bin gerade wieder über den kleinen Prinzen gestolpert, als ich über den Klimawandel nachdachte und darüber, wie wir mit dieser größten aller Bedrohungen für unsere Erde umgehen sollen. „Du bist zeitlebens für das verantwortlich, was du dir vertraut gemacht hast.“ sagt der Fuchs. Haben wir uns die Erde nicht auch vertraut gemacht? Haben wir sie nicht erforscht und unseren Interessen nutzbar gemacht?

Ja, wir sind für sie verantwortlich, denn wir lieben unser Zuhause, die märkischen Kiefernwälder und das Rauschen der Ostseewellen. Jeder einzelne von uns ist verantwortlich. Abschieben der Verantwortung an die Politik, die Verwaltung, die anderen, das gilt nicht mehr. In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam handeln, denn nur wenn Klimaschutz eine Massenbewegung wird, haben wir eine Chance, die Erde zu retten.

Cornelia Behm

Klimapolitik

Handeln statt Hadern: Aufgabe Klimaschutz

Senken die Menschen den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 nicht deutlich, droht die Katastrophe, warnen Experten des „Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen“ (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC).

Der Report ist ernstzunehmen. Da das Zeitfenster, um die Gefahr noch aufzuhalten, nur knapp 13 Jahre beträgt, rückt die Katastrophe mit jedem Tag, den wir ungenutzt verstreichen lassen, einen Schritt näher.

Umsteuern ist angesagt. Dabei allein auf Politik und Wirtschaft zu vertrauen, reicht allerdings nicht aus. Sie reagieren träge, widersprüchlich und unzureichend. Während es die Grünen in ihrer Regierungszeit geschafft haben, im Bereich der Energiewirtschaft den Wechsel von einer ressourcenverbrauchenden zu einer regenerativen Wirtschaftsweise hinzubekommen, wird unter der großen Koalition die Atomkraft schöngeredet (Union) oder auf Kohle gesetzt

(SPD). Teile der Industrie, insbesondere die Automobilindustrie tun nach wie vor so, als wäre Energie unbegrenzt verfügbar und müsste nicht jetzt und sofort der Ausstoß von CO₂ und anderen Klimagasen gestoppt werden. Politik und Wirtschaft müssen von der Gesellschaft in die Verantwortung genommen werden. Und solange sie nicht handeln, müssen die Bürgerinnen und Bürger es tun.

Sehen wir uns doch einmal an, wer schuld ist am Klimawandel: 2004 kamen nach Angaben des IPCC 30,9 % der Treibhausgase aus der Land- und Forstwirtschaft, 25,9 %

verursachte die Energieversorgung, 19,4 % die Industrie, 13,1 % der Verkehrsbereich und 7,9 % resultierten aus dem Energieverbrauch in Gebäuden.

Die Zeit drängt

Wie also den Klimakillern zu Leibe rücken? Die Ernährung verursacht in Deutschland etwa 20 % der Treibhausgase, die Hälfte durch die Lebensmittelherzeugung, das meiste dabei durch die Erzeugung tierischer Lebensmittel. Bioprodukte werden aber mit einem deutlich geringeren Energieeinsatz erzeugt, als konventionelle. Denn bei den konventionellen schlagen insbesondere Stickstoffdünger schwer zu Buche. →



Strom aus Kohle: Noch immer gehören die Energieversorger zu den Top-Klimakillern.

Handeln statt Hadern: Aufgabe Klimaschutz

Senken die Menschen den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 nicht deutlich, droht die Katastrophe.

(Fortsetzung von Seite 1)

→ Auch saisonale und regionale Ernährung helfen beim Klimaschutz, denn Treibhäuser und Flugzeugtransporte verbrauchen Unmengen an Energie.

Wenn die großen Energieversorger schon nicht umsteigen, dann sollten wir es tun. Allerdings sollten wir ihnen auch den schmutzigen Strom nicht mehr abnehmen, sondern auf Ökostrom umsteigen. Der Wechsel zu einem sicheren und verlässlichen Ökostromanbieter geht heute mit

einem einfachen Klick im Internet. Die Gefahr, dass man dann plötzlich ohne Strom dasteht, besteht heute nicht mehr. Wer keine eigene Solaranlage finanzieren kann, kann auch bei einer der vielen Bürgersolaranlagen einsteigen. Und anstatt zu warten, bis Energiesparlampen und energieeffiziente Haushaltsgeräte gesetzlich vorgeschrieben sind, kann jeder Bürger

mit seiner Kaufentscheidung den Markt beeinflussen.

Gut beraten ist auch der, der beim nächsten Autokauf auf Sparsamkeit setzt. Schließlich zahlt sich das spätestens an der Tankstelle aus. Dann ist vielleicht auch mal das Geld für eine Zugfahrt drin, ohne Stau und Stress. Zum Briefkasten und zum Bäcker geht es mit dem Rad ohnehin gesünder als mit dem Auto.

Handeln ist notwendig

Wer dann am Feierabend in einer Wohnung sitzt, ohne Sorgen zu haben, dass die Wärme durch die Ritzen verschwindet, der kann es sich richtig schön gemütlich machen. Und der stört sich auch nicht, wenn er zum Anschalten des Fernsehers mal aufstehen muss. Schließlich weiß er, dass so, vorausgesetzt, wir alle verzichten in Deutschland auf die Standby-Funktion, zwei Atomkraftwerke eingespart werden. Das ist doch schon was!

Agrogenteknik in die Schranken weisen

Zu Beginn dieses Jahres sind wieder zahlreiche Felder für den Anbau von Genmais in Deutschland gemeldet worden. Der Kampf gegen den Einsatz von Gentechnik auf unseren Feldern hat deshalb immer noch höchste Priorität.

Auf gut 3.500 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche sollen in diesem Jahr gentechnisch veränderte Maispflanzen angebaut werden. Brandenburg nimmt dabei mit fast zwei Dritteln der Flächen den traurigen Spitzenplatz ein und verdoppelt im Vorjahresvergleich seine gemeldeten Flächen. Gleichzeitig arbeitet Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer an einer Änderung des Gentechnikrechts mit dem Ziel, den Schutz der gentechnikfreien Produktion deutlich zu verschlechtern.

Das lehnen wir ab. Denn wir wollen den Verbraucherinnen und Verbrauchern echte Wahlfreiheit garantieren. Das ist nur mit größtmöglicher Transparenz beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und klaren Haftungsregeln bei gentechnischen Verunreinigungen anderer Felder sicherzustellen.

Seehofer plant hingegen mit seinen Neuregelungen die Transparenz des Registers zur Veröffentlichung der Flächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen einzuschränken. Als Vorwand dient ihm das Argument: Mehr Transparenz gleich mehr Feldzerstörungen, obwohl es nach Auskunft der Bundesregierung seit der Einrichtung des öffentlichen Standortregisters nicht mehr Feldzerstörungen als in den Jahren davor gegeben hat. Wir treten deshalb

dafür ein, dass jeder Standort, an dem gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, flurstücksgenau öffentlich angegeben werden muss – unabhängig davon, ob es sich um ein Freisetzungsexperiment nach dem Gentechnik-Gesetz, um eine Sortenprüfung nach dem Saatgut-Gesetz oder um kommerziellen Anbau handelt.

Mit der von Seehofer geplanten Haftungsbeschränkung wird die Grundkontamination von Lebensmitteln zur Regel. Gentechnisch verunreinigte Ernten sollen erst ent-

schädigt werden, wenn der GVO-Anteil* im Produkt mehr als 0,9 Prozent beträgt. Das heißt, dass in Zukunft viele Bauern auf ihren verunreinigten Ernten und dem finanziellen Schaden sitzen bleiben werden.

Der von Seehofer geplante Mindestabstand von nur 150 Metern zu herkömmlichen Feldern ist mit uns nicht zu machen. Er kann den Schutz vor Eindringen von gentechnisch veränderten Organismen in andere Pflanzen-

kulturen und die Umwelt nicht verhindern.

Seehofer macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Agrogenteknik-Lobby, die seit Jahren Landwirte, die von GVO-Verunreinigungen ihrer Ernte betroffen sind, auf ihrem Schaden sitzen lassen will. Deshalb sagen wir Bündnisgrünen: Finger weg vom Gentechnik-Gesetz!

Nutzloser Mindestabstand

* GVO = Gentechnisch veränderte Organismen

Risiko Gentechnik – ungefährlich weil unsichtbar?



Jahr des Delfins

Die UNO hat 2007 zum „Jahr des Delfins“ ausgerufen. Damit soll verstärkt auf die Gefährdung der weltweit 38 Delfinarten hingewiesen werden. Die Säuger drohen insbesondere angesichts von verschmutzten Gewässern, Jagd und verknappter Nahrungsressourcen schon bald vom Erdball zu verschwinden.

Bis zu 300.000 Delfine und Kleinwale verenden jährlich als Beifang in Fischernetzen. Zusätzlich

müssen jedes Jahr zehntausende Delfine sterben, weil sie in zahlreichen Ländern immer noch auf der Speisekarte stehen. Dem chinesischen Flussdelfin wurde die massive Gewässerverschmutzung zum Verhängnis. Außerdem leiden Delfine dort, wo Fischbestände dank Hightech-Fischereiflotten kollabiert sind, zunehmend unter Nahrungsmangel.

Um diesen Prozess zu stoppen, starteten das UN-Umweltprogramm UNEP und das Übereinkommen zur



Was bringt das Jahr des Delfins für ihren Schutz?

Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten (CMS) die Initiative für das Jahr des Delfins. Als Bundestagsfraktion werden wir das Thema in mehreren Anfragen und Anträgen aufgreifen.

Nachhaltige Waldnutzung durchsetzen

Bisher wurden nur zwei Drittel des Zuwachses an Holz in deutschen Wäldern genutzt. Die Erschließung des letzten Drittels erschien lange als ein riesiges Potential für den Rohstoffmarkt. Nach den Prinzipien der nachhaltigen Waldentwicklung geht diese Rechnung jedoch so einfach nicht auf.

Seit ein bis zwei Jahren erlebt Holz aufgrund des gestiegenen Ölpreises einen Nachfrageboom, wie ihn sich die deutsche Forst- und Holzwirtschaft bislang nicht vorstellen konnte. Während die Landesforstverwaltungen und der Großprivatwald bereits an der oberen Grenze ihres Potenzials angekommen sind, wurde der Kleinprivatwald durch den Nachfrageboom bisher erst zum kleinen Teil reaktiviert. Das vorhandene Potenzial wird also noch längst nicht ausgeschöpft.

Dennoch zeigen sich bereits heute Probleme mit dem steigenden Holzeinschlag. Denn nicht alle Waldbesitzer halten sich an die Grundprinzipien einer nachhaltigen Forstwirtschaft – und schon gar nicht an alle naturschutzfachlich angebrachten Kriterien. Speziell in Brandenburg meinen Neuwaldbesitzer mit Kahlschlägen am Rande oder außerhalb der Legalität schnell Kasse machen zu können. Dort wo das Potenzial ausgeschöpft wird, werden vielfach auch wertvolle Altbäume eingeschlagen, die aus Sicht des Naturschutzes nicht geschlagen werden sollten. Die Stimmen, die vor einer Übernutzung warnen, mehren sich auch von Seiten der Förster.

Als ich 2004 Grundsätze bündnisgrüner Waldpolitik veröffentlichte und forderte, es sollten im Bundeswaldgesetz Grundsätze für eine nachhaltige und naturnahe Waldwirtschaft als Leitplanken verankert werden, bin ich dafür von Teilen der Forstlobby stark angegriffen worden.

Angesichts der schwachen Holznachfrage konnte und wollte man sich eine Übernutzung nicht vorstellen. Durch die aktuellen Entwicklungen sehe ich mich jedoch bestätigt. Denn in Teilen des deutschen Waldes sind wir auf dem Weg zum Raubbau.

Der Blick auf die Gesamtbilanz reicht nicht. Während viele Waldbesitzer ihr Potenzial nicht ausschöpfen, dezimieren andere Waldbesitzer die Holzvorräte über das vertretbare Maß. Denn es hat sich gezeigt, dass Deutschland in manchen Regionen immer noch einen Nachholbedarf hat, was die Holzvorräte betrifft. Die durch Waldschäden, Waldbrände, Stürme und Schädlinge verursachten Schäden der letzten Jahrzehnte sind noch nicht überall ausgeglichen. Deutsch-

land sollte deshalb auch in den nächsten Jahrzehnten weniger einschlagen als nachwächst.

Die steigende Nachfrage nach Energieholz können und wollen wir nicht aus der Welt schaffen. Wir können aber versuchen, den Teil der Waldbesitzer, die sich nicht an die Grundsätze der Nachhaltigkeit halten, daran zu hindern, ihre Wälder zu übernutzen. Dies ist keine Privatsache, sondern daran besteht ein erhebliches öffentliches Interesse. Daher erneuern wir als Bündnisgrüne unsere Forderung nach der Verankerung von Grundsätzen einer nachhaltigen und naturnahen Forstwirtschaft im Bundeswaldgesetz. Dazu gehört, dass das Kahlschlagsverbot in das Bundeswaldgesetz übernommen wird und dass der Erhalt eines Mindestmaßes an Alt- und Totholz im Wald festgeschrieben wird.

Wald bald übernutzt?



Wieviel Holz aus deutschen Wäldern kann genutzt werden?

Filmdiskussion

Am 19. und 20. Februar, diskutierte Cornelia Behm in der Uckermark auf Einladung des FÖN e.V. mit Gästen, die den Film „Die Genverschöpfung – eine Spurensuche“ besucht hatten. Die Gespräche mit Menschen ganz unterschiedlichen Alters machten die breite Ablehnung der Agrogentechnik deutlich.

Agrarsozialpolitik

Die landwirtschaftliche Sozialversicherung war Gegenstand eines Fachgesprächs am 9. Februar. Als Agrarpolitische Sprecherin hatte Cornelia Behm nach Berlin geladen, um über dieses diffizile Thema zu beraten. Ergebnis: Bündnis 90/Die Grünen wollen Beiträge und Leistungen am Gleichbehandlungsgrundsatz ausrichten. Davon muss auch die Höhe des Bundeszuschusses für die landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) abhängig gemacht werden.

Bundestagsbesuch



Als Anerkennung für ihre zukunftsweisenden Ideen hatte Cornelia Behm am 7. Februar Belinda Golze aus Frankfurt (Oder) in den Bundestag eingeladen. Das Mädchen (2.v.l.) hatte bei einem Schreibwettbewerb unter dem Titel „Wenn ich Bürgermeister von Frankfurt (Oder) wäre ...“ erklärt, dass sie zunächst Solarzellen auf den Häusern der Stadt installieren und bessere Bedingungen für Radfahrer schaffen würde. Behm ermutigte die Elfjährige, diese Visionen nicht zu verlieren.

Im Havelland

„Das ist keine Müllverbrennung.“ – Diesen Standpunkt vertrat Cornelia Behm, als sie das entstehende Kraftwerk der BKB Premnitz GmbH besuchte. In der Anlage mit Kraft-Wärme-Kopplung werden bald Reststoffe aus dem Hausmüll verbrannt. Für die Abgeordnete war der Besuch Teil einer eintägigen Kreisreise, die sie am 8. Februar auch nach Rathenow führte. Hier sprach sie mit Vertretern des „Netzwerks Optik“.

Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

15. März

Treffen mit den Bürgerinitiativen gegen die Netzverknüpfung
in Potsdam

24. März

Landesparteiirat zum „Klimawandel und seinen Auswirkungen in Brandenburg“
in Frankfurt

27. März

Veranstaltung der Bundestagsfraktion zur Agrogentechnik
in Beelitz

30. März

Jahresversammlung der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen
in Potsdam

21. April

Einweihung der Oder-Fähre zwischen dem polnischen Gozdowice und Gústebieser Loose im Landkreis
Märkisch Oderland

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

– Seite 1: Marco Barnebeck* –
– Seite 2: Chrizzly* –
– Seite 3: Alan Willoughby**
(Delfin) & Uwe Steinbrich* (Wald)
– S. 4: Zieloni 2004 –
* www.pixelquelle.de
** www.sxc.hu

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135
D – 13107 Berlin
Tel.: +49.(0)3.22 12 61 66 29
Mail: service@wortschlag.net
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei E. Stein
Hegelallee 53
D – 14467 Potsdam

Kritik an Bäderlandschaft

Mit scharfer Kritik hat Cornelia Behm die Entwicklung der Bäder in Brandenburg beurteilt. Die Kommunen gehen mit ihren „Spaßbädern baden“, sagte die Abgeordnete. Leidtragende des Wettbewerbs um Kundschaft sind vor allem Schwimmhallen, die für den Schwimmunterricht unverzichtbar seien. Statt immer höhere Rutschen und größere Saunalandschaften zu finanzieren, sollte das Land das Energie- und Wassersparen in den Bädern unterstützen. Nur so lassen sich die horrenden Betriebskosten senken.

Zukunft: Bürgersolaranlage

Auf Initiative von Bürgern entstanden in Brandenburg seit 2004 sechs Solaranlagen, die jährlich 18 Vier-Personen Haushalte versorgen können. Die Anlagen wurden in der Regel auf den Dächern öffentlicher Gebäude installiert. Notwendige Investitionen refinanzieren sich durch die Einspeisevergütung für Solarstrom. Behm fordert Land und Kommunen auf, öffentliche Dächer für diese Initiativen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus regt sie ein Solarprogramm für Schulen an, damit auch diese von der Einspeisevergütung profitieren.

„Blick über den Zaun“

Oder-Fähre bei Gústebieser Loose

Nach 62 Jahren wird es endlich wieder eine Fähre über die Oder bei Gozdowice (Gústebiese) geben. Sie verbindet den kleinen Brandenburger Ort Gústebieser Loose (Märkisch-Oderland) mit dem polni-

schen Ufer. Menschen in der Region engagieren sich seit Jahren für diese Verbindung.

Betreiber wird die Stadt Mieszkowice (Bärwalde) sein. Offiziell wird die Strecke am 21. April 2007

eröffnet. Die Fähre wird vorerst vom 1. April bis zum 31. Oktober in Betrieb sein. Pünktlich zum Beginn der Tourismussaison wird der Oderbruch damit um eine Attraktion reicher.

Solare Bauordnung nötig

Das Land Brandenburg sollte mit gutem Beispiel voran gehen und die Produkte der boomenden Solarbranche auch selbst nutzen. Nach Ansicht von Cornelia Behm muss das Land insbesondere bei Neubauten auf Solarzellen setzen. Hierfür ist eine „solare Bauordnung“ nötig, wie sie das Land Baden-Württemberg bereits plant. Auch für private Neubauten sollte es eine Regelung geben, die zum Einsatz von umweltschonenden Energie-Technologien verpflichtet.

Pestizide im Essen

In nur drei Jahren hat das Verbraucherschutzministerium für 293 Obst- und Gemüsesorten die zulässigen Grenzwerte für die Pestizidbelastung angehoben. Greenpeace warnt vor nicht absehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. Als Sprecherin für Agrarpolitik fordert Cornelia Behm von der Bundesregierung eine Erklärung, warum sie diese Erhöhungen von Rückstandshöchstmengen in erheblichem Umfang in den letzten drei Jahren vorgenommen hat. Vermutlich ist die treibende Kraft, die zu der Anhebung führte, eine Harmonisierung auf EU-Ebene. Ob sich dabei immer die Kraft wissenschaftlicher Argumente durchsetzt, das ist doch sehr die Frage.

Polnische Grüne – wichtige Partner

In Polen fanden am 12. November 2006 Kommunalwahlen statt. Den Grünen „Zieloni 2004“ glückte leider kein Mandatsgewinn.



Obwohl das Kommunalwahlrecht sehr große Listen bevorteilt, kamen die polnischen Grünen in der Hauptstadt Warschau mit einer eigenständigen Liste auf 1,68 Prozent. In anderen Regionen traten „Zieloni 2004“ häufiger in Listenvereinigungen mit Sozialdemokraten und anderen an. Grüne KandidatInnen besetzten keine aussichtsreichen Listenplätze.

Die Landesverbände BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg und Berlin leisteten den polnischen Grünen im Vorfeld des Wahlkampfes 2006 ein wenig Hilfestellung. An einer Aktion zum Klimaschutz auf der Oderbrücke zwischen Frankfurt/Oder und Slubice nahm auch Reinhard Bütikofer teil. Grüne Verkehrspolitiker aus Brandenburg und Berlin reisten darüber hinaus zur Eröffnung des Kommunalwahlkampfes von „Zieloni 2004“ nach Szczecin (Stettin) und zu einer Bahnkunden-Aktion zur Oderlandbahn nach Kostrzyn (Küstrin).